

II-5137 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2600W

1992-03-11

A n f r a g e

der Abg. Huber, Aumayr
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend Landmaschinenimporte

Seit Monaten versucht die Bundesregierung, den Landwirten einen EG-Beitritt mit dem Argument schmackhafter zu machen, daß dann die Betriebsmittel billiger würden. Die politischen Veränderungen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Ostblocks führen auch zu wirtschaftlichen Entwicklungen im Sinne der Marktwirtschaft. Daß die Bauern in Österreich nicht von dieser Entwicklung profitieren können, haben sie dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten zu verdanken, der zwar die Ideologie der Privatisierung und der Marktwirtschaft predigt, in der Praxis aber Wirtschaftsprotektionismus übelster Sorte betreibt. Mittels Verordnung, BGBl. Nr. 404/1991, verhängte er eine Vidierungspflicht über Traktoranhänger. Damit nicht genug, droht er für Landmaschinen aus der CSFR ein Anti-Dumping-Verfahren an. (Standard, 26.2.1992).

Nach Auffassung der Anfragesteller ist es höchste Zeit für den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, seinen Regierungskollegen auf die Probleme der österreichischen Bauern aufmerksam zu machen, die durch die bevorstehenden Einbußen der Erzeugerpreise noch verschärft werden.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die nachstehende

A n f r a g e :

1. Was werden Sie unternehmen, damit Österreichs Landwirte in den Genuß billigerer Betriebsmittel kommen ?
2. Werden Sie den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten veranlassen, von einem Anti-Dumping-Verfahren für Landmaschinen aus der CSFR Abstand zu nehmen ?
3. Werden Sie den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten veranlassen, die Vidierungspflicht für Traktoranhänger gemäß Verordnung BGBl. Nr. 404/1991 zurückzunehmen ?